



Detailansicht des Registereintrags

Bündnis faire Energiewende

Aktuell seit 31.03.2026 17:21:38

Netzwerk

Registernummer:	R001663
Ersteintrag:	25.02.2022
Letzte Änderung:	31.03.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	04.02.2026
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/ verein
Kontaktdaten:	Adresse: Gesamtverband Textil- und Mode Wallstraße 58/59 10179 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493072622036 E-Mail-Adressen: mengelhardt@textil-mode.de Webseiten: https://www.faire-energiewende.de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Finanzierungsquelle

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

0,00

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Michael Engelhardt**
Funktion: sonstige vertretungsberechtigte Person
2. **Christoph Holler**
Funktion: sonstige vertretungsberechtigte Person
3. **Boris Engelhardt**
Funktion: sonstige vertretungsberechtigte Person
4. **Eva Schreiner**
Funktion: sonstige vertretungsberechtigte Person
5. **Dr. Christoph Sokolowski**
Funktion: sonstige vertretungsberechtigte Person
6. **Dr. Uwe Mazura**
Funktion: sonstige vertretungsberechtigte Person
7. **Thomas Kaczmarek**
Funktion: sonstige vertretungsberechtigte Person
8. **Dr. Elke Steinle**
Funktion: sonstige vertretungsberechtigte Person
9. **Holger Ade**
Funktion: sonstige vertretungsberechtigte Person
10. **Christian Vietmeyer**
Funktion: sonstige vertretungsberechtigte Person
11. **Dr. Christian Schimansky**
Funktion: sonstige vertretungsberechtigte Person
12. **Christian Otto**
Funktion: sonstige vertretungsberechtigte Person
13. **Dr. Oliver Möllenstädt**
Funktion: sonstige vertretungsberechtigte Person
14. **Dr.-Ing. Markus Küster**
Funktion: sonstige vertretungsberechtigte Person
15. **Tobias Schäfer**
Funktion: sonstige vertretungsberechtigte Person

16. Malte David Neumann

Funktion: sonstige vertretungsberechtigte Person

Tätigkeit bis 09/23:

Referent

im Bundesministerium des Innern (BMI) oder dessen Geschäftsbereich

17. Gökdeniz Demir

Funktion: sonstige vertretungsberechtigte Person

18. Dr. Martin Theuringer

Funktion: sonstige vertretungsberechtigte Person

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (18):

1. **Michael Engelhardt**

2. **Christoph Holler**

3. **Boris Engelhardt**

4. **Eva Schreiner**

5. **Dr. Christoph Sokolowski**

6. **Dr. Uwe Mazura**

7. **Thomas Kaczmarek**

8. **Dr. Elke Steinle**

9. **Holger Ade**

10. **Christian Vietmeyer**

11. **Dr. Christian Schimansky**

12. **Christian Otto**

13. **Dr. Oliver Möllenstädt**

14. **Dr.-Ing. Markus Küster**

15. **Tobias Schäfer**

16. **Malte David Neumann**

Tätigkeit bis 09/23:

Referent

im Bundesministerium des Innern (BMI) oder dessen Geschäftsbereich

17. **Gökdeniz Demir**

18. **Dr. Martin Theuringer**

Gesamtzahl der Mitglieder:

9 Mitglieder am 15.06.2025, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (13):

Allgemeine Energiepolitik; Atomenergie; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die im Bündnis faire Energiewende organisierten Branchen des industriellen Mittelstands befürworten die Anstrengungen zum Klimaschutz und zur Energiewende in Deutschland. Der Klimaschutz ist ein sehr wichtiges weltweites Anliegen, das auch die Unternehmen, ihre Mitarbeiter und Familien sehr beschäftigt. Die Unternehmen sind seit vielen Jahren auf dem Weg, ihren ökologischen Fußabdruck zu verkleinern und gleichzeitig die Wünsche der Kunden nach schönen, nützlichen, werthaltigen und langlebigen Produkten umzusetzen. Damit schaffen sie zugleich gute Arbeitsplätze und sichern so das Einkommen vieler tausend Familien in Deutschland.

Die Unternehmen stehen allerdings mit ihren Produkten auch in einem intensiven EU-weiten und internationalen Wettbewerb. Das gilt für Exporte von Deutschland in die Welt, aber auch für Importe, die von ausländischen Unternehmen nach Deutschland kommen. Für beides gilt, dass in Deutschland hergestellte Produkte zwar Premiumprodukte sind und damit auch ein etwas höherer Preis für sie erzielt werden kann. Allerdings sind diesem Premiumpreis Grenzen gesetzt und letztlich müssen die Standortbedingungen in Deutschland so sein, dass eine industrielle Produktion hier weiterhin möglich ist.

Stromkosten in Deutschland sind seit Jahren nicht mehr wettbewerbsfähig

Diese Bedingung ist in Bezug auf die Stromkosten schon seit vielen Jahren nicht mehr erfüllt, denn diese sind seit Langem im internationalen Vergleich viel zu hoch. Hauptursache dafür ist die Entscheidung Deutschlands, die Energiewende sehr stark über den Strompreis zu finanzieren.

Der Strompreis für die Industrie in Deutschland ist nicht wettbewerbsfähig und muss daher schnellstmöglich gesenkt werden.

Rein nationale CO2-Preise gefährden Unternehmen

Seit dem 1. Januar 2021 gibt es eine Bepreisung des CO₂-Ausstoßes durch das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG). Für jede Tonne CO₂ aus Brennstoffen wie Erdgas oder Heizöl fallen in Deutschland Mehrkosten in Höhe von ca. 55 Euro an, was zu Erhöhungen der Energiekosten der Unternehmen um bis zu 20 Prozent führt. Eine solche Erhöhung kann bei den vorhandenen geringen Gewinnmargen vieler Unternehmen zur Folge haben, dass diese in die Verlustzone geraten und evtl. sogar insolvenzgefährdet sind.

Mit dem BEHG wurde in einem hohen Tempo ein neues rein nationales System einer CO₂-Bepreisung eingeführt, ohne zuvor eine intensive Abschätzung der Folgen für die betroffenen Unternehmen vorzunehmen. Diese wurden unmittelbar mit der neuen Belastung konfrontiert und zunächst einmal mit den Folgen allein gelassen. Die Bundesregierung hat zwar kurz vor Ende der abgelaufenen Legislaturperiode noch die sog. Brennstoffemissionshandel-Carbon-Leakage-Verordnung (BECV) verabschiedet, um die Unternehmen von einem Teil der CO₂-Mehrkosten zu entlasten. Diese Verordnung ist jedoch keinesfalls ausreichend, um die Unternehmen vor Wettbewerbsnachteilen zu schützen und muss dringend von der neuen Bundesregierung in Abstimmung mit dem Bundestag nachgebessert werden.

Um diese Ziele zu erreichen, erstellen wir Positionspapiere und treten mit der Bundesregierung, dem Parlament, den Medien und anderen politischen Stakeholdern in Kontakt.

Die Verbände im Bündnis faire Energiewende vertreten branchenübergreifend mehr als 10 000 deutsche Unternehmen mit ca. einer Million Beschäftigten und etwa 220 Milliarden Euro Jahresumsatz.

Der Querschnittsverband Bundesverband der Energieabnehmer vertritt zudem etwa 4 500 Unternehmen aus allen Branchen.

Konkrete Regelungsvorhaben (5)

1. Finanzierung der Netzentgelte

Beschreibung:

Das Bündnis faire Energiewenden setzt sich für eine Finanzierung der Netzentgelte im Bereich Strom und Gas aus dem Bundeshaushalt ein.

Betroffenes geltendes Recht:

StromNEV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Energienetze [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2406130015 \(PDF - 3 Seiten\)](#)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.06.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

2. **Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG)**

Beschreibung:

Das Bündnis faire Energiewenden setzt sich dafür ein, dass der rein nationale CO2-Preis aus dem Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) in Deutschland vollständig ausgesetzt wird, bis ein EU-weiter ETS-2 eingeführt ist.

Betroffenes geltendes Recht:

BEHG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (3):

1. **SG2412110026** (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 27.11.2024 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [alle SG dorthin]

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

2. **SG2602040022** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 13.10.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [[alle SG dorthin](#)]

Gremien [[alle SG dorthin](#)]

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Bundesregierung

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [[alle SG dorthin](#)]

3. **SG2603310210** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.03.2026 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [[alle SG dorthin](#)]

Mitglieder des Bundestages [[alle SG dorthin](#)]

Bundesregierung

Bundeskanzleramt (BKAm) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [[alle SG dorthin](#)]

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) [[alle SG dorthin](#)]

3. **Reform des § 19 Abs. 2 StromNEV**

Beschreibung:

Das Bündis faire Energiewende setzt sich dafür ein die bisherigen Entlastungsmöglichkeiten bei atypischer Netznutzung und bei der sog. Bandabnahme im Kern erhalten bleiben.

Betroffenes geltendes Recht:

StromNEV [[alle RV hierzu](#)]

Interessenbereiche:

Energienetze [[alle RV hierzu](#)]; Industriepolitik [[alle RV hierzu](#)]; Kleine und mittlere Unternehmen [[alle RV hierzu](#)]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. **SG2412110030** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 18.09.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

4. Ausweitung des Industriestrompreises auf weitere Branchen und erhebliche Verbesserung der Ausgestaltung

Beschreibung:

Die Förderrichtlinie für Beihilfen für strom- und handelsintensive Unternehmen zur Strompreisentlastung (Industriestrompreis) für die Abrechnungsjahre 2026 bis 2028 soll so verbessert werden, dass sie weiteren Branchen hilft und eine stärkere Entlastung der Unternehmen erreicht.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu];
Industriepolitik [alle RV hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. SG2602040021 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.07.2025 an:

Bundestag

Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Gremien [alle SG dorthin]

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

2. SG2602040023 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 16.01.2026 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) [alle SG dorthin]

5. Ausweitung der Strompreiskompensation auf weitere Branchen und stärkere Entlastung der Unternehmen

Beschreibung:

Richtlinie

für Beihilfen für Unternehmen in Sektoren beziehungsweise Teilsektoren, bei denen angenommen wird, dass angesichts der mit den EU-ETS-Zertifikaten verbundenen Kosten, die auf den Strompreis abgewälzt werden,

ein erhebliches Risiko der Verlagerung von CO2-Emissionen besteht
(Beihilfen für indirekte CO2-Kosten) für die Abrechnungsjahre 2023 bis 2030

Vom 13. März 2024

soll auf weitere Branchen ausgeweitet werden und eine stärkere Entlastung der
Unternehmen gewährleisten.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-
Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV
hierzu]; Kleine und mittlere Unternehmen [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro